

# 500 € Regelsatz - 10 € Mindestlohn - JETZT !!!

## **Kundgebung am Dienstag, 9.2. um 9:00 vor dem Arbeitsamt in der Fischerfeldstraße.**

Am 09. Feb. 2010 wird das Bundesverfassungsgericht ein Urteil zu den sogenannten „Hartz-4“ oder ALG-II Regelsätzen sprechen. Es ist zu erwarten, dass die Verfassungswidrigkeit dieser Sätze festgestellt werden wird.

Seit nun mehr als 5 Jahren müssen also ALG-II-BezieherInnen von zu niedrigen und verfassungswidrigen Regelsätzen leben!

Mit dem momentan ausgezahlten Betrag von 359,- € bei einem alleinstehenden Erwachsenen ist kein menschenwürdiges Leben möglich, weil z.B. damit keine gesunde Ernährung oder kaum oder keine Teilhabe am soziokulturellem Leben (Kino, Theater, Kneipe) oder Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, usw. usf. bezahlbar sind.

Der Großteil von Organisationen, Initiativen und WissenschaftlerInnen nimmt die geringe Höhe der Regelsätze und deren „wissenschaftliche“ Begründung als Ausgangsbasis, um daraus einen Nachweis einer notwendigen Erhöhung des Eckregelsatzes zu entwickeln.

Zum Beispiel sind momentan 3,94 € für Essen und Trinken pro Tag vorgesehen, für eine gesunde Ernährung wären aber, nach Berechnungen eines Frankfurter Soziologie-Fachhochschul-Professors, 6,38 € am Tag von Nöten.

Zusammengenommen müsste der sogenannte Eckregelsatz mindestens 500,- € betragen, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Weitere Infos im Internet: <http://www.500-euro-eckregelsatz.de/> ...bitte auch online unterstützen!

Es ist aber nicht nur das wenige Geld, welches uns stört. Auch die entwürdigende Behandlung die ein Großteil der ALG-II-BezieherInnen auf den ARGEN und JobCentern durch die dortigen Angestellten (meist „FallmanagerInnen“) widerfährt, ist nicht mehr hinnehmbar!

Der dortige Umgang mit den Menschen ähnelt einer Betreuung durch Gängelung, Unterstellung und Verfolgung. Tagtäglich werden Gesetze missachtet, Menschen schikaniert und kriminalisiert. Zu meist geschieht dies über Sanktionierungen, d.h. Kürzung oder Streichung der Geldbezüge, oder zumindest mit der Drohung, bzw. Erpressung damit.

Im Jahr 2008 wurden über 780.000 derartige Sanktionen bundesweit verhängt. Von den 2008 eingelegten Widersprüchen gegen Sanktionen waren 41 % ganz oder teilweise erfolgreich, von den eingereichten Klagen 65 %.

Die Auswirkungen von Sanktionen werden dadurch verschärft, dass Widersprüche keine aufschiebende Wirkung haben, d.h. die Menschen müssen, auch wenn sie letztlich nach gerichtlicher Kontrolle Recht bekommen, unter den Sanktionen leiden.

Weitere Infos im Internet: <http://www.sanktionsmoratorium.de/> ...bitte auch online unterstützen!



### **Unser aller Zukunft soll menschenwürdiger sein, deshalb...**

- Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro im Monat
- Einführung eines Mindestlohnes in Höhe von 10 Euro pro Stunde
- Aussetzung des Sanktionsparagrafen § 31 im SGB II
- Wiedereinführung von zusätzlich einmaligen Beihilfen
- Nicht-Anrechnung des Kindergeldes
- Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich